Humanistische Union

Wider die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

Berlin, 30.4.2001

Wider die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

Das Versammlungsrecht ist in Gefahr. Der Berliner Innensenatorverfolgt systematisch die Aushöhlung dieses demokratischenGrundrechts, das gerade für parlamentarisch nicht vertreteneMinderheiten oft die einzige Möglichkeit ist, ihre politischenVorstellungen zu äußern. Nach Vorschlägen der CDU sollen ganzeBereiche der Innenstadt für Demonstrationen gesperrt werden undsogar das "Ansehen Deutschlands" zum Kriterium fürGrundrechtsbeschränkungen herhalten. Dass zur Erreichung des Ziels,missliebige Demonstrationen in der Hauptstadt zu unterbinden, vieleMittel recht sind, zeigt sich wieder am 1. Mai.

Das Verbot der Demonstration in Kreuzberg ist ein Angriff auf die Versammlungsfreiheit. Innensenator und Polizeiführung haben bereitsim Vorfeld des 1. Mai unnötig die Stimmung angeheizt.Augenscheinlich gibt es ein politisches Interesse an einer Eskalation,um weitere Grundrechtsbeschränkungen zu legitimieren. ZurVerschärfung trägt außerdem die nun entstandene Situation bei, dassdie NPD marschieren darf, während einer antifaschistischenOrganisation das Demonstrationsrecht verwehrt wird.

Für den Schutz der Grundrechte

Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit treffen nicht nur Demonstrierende. Bereits in den letzten Jahren haben Bürgerrechtsorganisationen massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und tätliche Übergriffe seitens der Polizei sogar auf unbeteiligte Passanten und Anwohner beobachtet. Der diesjährigeAufruf des Polizeipräsidenten an alle Berliner, am 1. Mai denPersonalausweis mitzuführen sowie die Ankündigung, Versammlungenaufzulösen, lassen breite Verletzungen der Bürgerrechte befürchten.Verbunden mit der angekündigten Polizeipräsenz von 9000Einsatzkräften kommt dies einer staatlichen Inszenierung desAusnahmezustands gleich. Wir fordern den Respekt vor denGrundrechten, der einer rechtsstaatlichen Demokratie gebührt.

Es ist notwendig, ein Zeichen zu setzen für die Versammlungsfreiheit.Wir unterstützen daher die Demonstration gegen dasDemonstrationsverbot, und rufen zur Teilnahme auf.

Die von den Berliner Jusos, der Grünen Jugend Berlin und der Bundestagsabgeordneten Angela Marquardt angemeldete Demonstration soll am 1. Mai um 13 Uhr am Lausitzer Platz beginnen.

V.i.S.d.P.: Roland Otte, Humanistische Union Berlin, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

https://berlin.humanistische-union.de/pressemeldungen/wider-die-einschraenkung-der-demonstrationsfreiheit-2/
Abgerufen am: 29.03.2024